

All das schöne

Ganz im Südwesten Deutschlands, in einem unauffälligen Bürokomplex, sitzt der Mann, der Europa vor Terror und Kriminalität schützen soll. Klaus Thoma, ein Mann mit Glatze und grauem Schnauzbar, ist Physiker. Sein Büro im Ernst-Mach-Institut (EMI) in Freiburg im Breisgau liegt am Ende eines langen Ganges. Weiße Wände, blaue Auslegware, Neonleuchten. Auf dem Schreibtisch steht eine Flasche Apfelsaft, an der ein Post-it mit der Aufschrift »Herr Thoma« klebt. Er und seine Kollegen wollen Selbstmordattentate, Bombenbau und Schmuggel verhindern – mithilfe von Naturwissenschaft, mit Daten, Formeln und mit der Entwicklung neuer technischer Produkte.

Gleich neben dem Institut verläuft eine Bahntrasse, alle paar Minuten rumpelt ein Regionalzug vorbei. Thoma aber hört das laute Rattern nicht, er sitzt begeistert an seinem Schreibtisch und klickt sich durch bunte PowerPoint-Präsentationen mit Fotos von Hochhäusern und Sicherheits-Checkpoints an Flughäfen. »Irre«, sagt er und zeigt auf eine Animation mit einem 3-D-Scanner, der Container durchleuchtet, auf seinem Bildschirm. Wie ein kleiner Junge vor dem Lego-Kasten sitzt er vor seinem Computer.

Er ist einer von Hunderten Forschern und Firmen, die mithilfe von Technik die Sicherheit in der Europäischen Union erhöhen sollen. Sie entwickeln Sensoren, die Sprengstoff erkennen, sie bauen Drohnen und Satelliten, mit denen man die Außengrenzen der EU überwachen kann. Sie arbeiten an biometrischen Passsystemen und Großrechnern, die Daten von Millionen Menschen in Sekundenschnelle erfassen und speichern sollen.

Das klingt wichtig, nützlich, notwendig. Die EU setzt seit Jahren viel Geld ein, um Forscher zu unterstützen, die solche Sicherheitstechnik erfinden – und Unternehmen, die diese Erfindungen in Produkte verwandeln sollen. Allein in den vergangenen zehn Jahren gab sie drei Milliarden Euro dafür aus, Deutschland noch einmal weitere 500 Millionen Euro.

Doch wer genau bekommt das Geld? Und wie sinnvoll sind die Forschungsprojekte? Journalisten von ZEIT und ZEIT ONLINE sind zusammen mit Kollegen von De Correspondent, L'Espresso, Le Monde diplomatique und anderen europäischen Medien der Spur der Fördergelder gefolgt. Sie stießen auf ein dichtes und schwer durchschaubares Netz aus Lobbyisten, Politikern, Forschern und Industriellen. Entwirrt man es, erkennt man einen regelrechten Selbstbedienungsmarkt. Einige wenige Konzerne und Organisationen profitieren von dem gigantischen staatlichen Förderprogramm, das ursprünglich dazu gedacht war, die Sicherheit Europas zu stärken. Sie bekommen Millionen für abgedrehten Ideen, um Drogenlabore zu finden oder Terroristen unschädlich zu machen. Nur werden viele Ideen nie zu einem Produkt. Millionen und Milliarden wurden dafür verschwendet, an Technologien zu forschen, die sich als überteuert oder unbrauchbar herausstellten.

Die Spur der Fördergelder führt zu Unternehmen in Frankreich, Italien, Schweden, Spanien. Zwar haben Tausende Unternehmen und Forschungsinstitute von den Fördergeldern profitiert, jedoch niemand so sehr wie die Fraunhofer-Gesellschaft, ein Verbund aus mehr als 80 deutschen Forschungsinstituten. Aus EU-Mitteln erhielt die Gesellschaft im vergangenen Jahrzehnt mehr als 68 Millionen Euro. Aus dem Sicherheitsförderprogramm der deutschen Bundesregierung kamen noch einmal weitere 50 Millionen Euro dazu.

Eines dieser Fraunhofer-Institute bekommt besonders viel Geld: das EMI, jenes Institut, in dem Klaus Thoma forscht. Knapp zehn Millionen Euro gab ihm die EU, fast sieben Millionen Euro der Bund.

Klaus Thoma ist seit zwei Jahren pensioniert, arbeitet aber weiter für die Fraunhofer-Gesellschaft, als Berater des Präsidenten. Kaum jemand in der Branche weiß so gut wie Thoma, wie man an solche Förderbeträge herankommt – und wie man dafür sorgt, dass der Geldfluss nicht versiegt. Dass immer noch mehr Forschungsprojekte finanziert werden, noch mehr Sicherheitstechnik installiert, noch mehr Steuergeld ausgegeben wird.

Die längste Zeit seiner Karriere war Thoma in der militärischen Wehrforschung tätig, er arbeitete für die Rüstungsindustrie, lehrte an der Bundeswehr-Universität in München. Sein Institut in Freiburg war ursprünglich ebenfalls auf militärische Forschung spezialisiert.

Doch dann endete der Kalte Krieg – und damit das Wettrennen zwischen Ost und West. Mit dem Eisernen Vorhang verschwand auch das Interesse der Politik an militärischer Forschung, wie Thoma und seine Kollegen sie betrieben. Die Fraunhofer-Gesellschaft bekam das sehr bald auch finanziell zu spüren. Zwischen 1991 und 2005 sanken die Fördermittel der Regierung von 1,6 Milliarden Euro auf 984 Millionen Euro. Neues Geld musste her. Die Aufgabe von Thoma war es, dieses Geld zu beschaffen.

Das war gar nicht so einfach. Doch dann kam der 11. September 2001, der Tag des Terroranschlags auf das World Trade Center in New York. Tausende Menschen starben. Mit dem Terror kam für die Si-



Staatliche Stellen gaben Milliarden für Forschung zur Terrorabwehr aus. Herausgekommen ist kaum etwas Brauchbares

VON KAI BIERMANN UND CHRISTIAN FUCHS



cherheitsindustrie das Geld. Die amerikanische Regierung antwortete auf den Anschlag mit einem groß angelegten Förderprogramm für Sicherheitsdienstleister, für Hersteller von Spionagetechnik und Rüstungsgütern. Im Schatten der Terrorangriffe schickte die Regierung Söldnerfirmen in Kriegsgebiete, beauftragte private Unternehmen mit Massenüberwachung, ließ neue Waffen und Überwachungstechniken erforschen und diese anschließend von den Behörden kaufen. Es flossen Milliarden Dollar. Eine neue Branche entstand: »Homeland Security«.

In Europa gibt es diesen Begriff nicht, die Praxis dahinter aber sehr wohl. Nach der großen Sicherheitsoffensive in Amerika wollten die Europäer nachziehen. Und wenig später gab es in Madrid und London ebenfalls Terroranschläge, die die Aufrüstung befeuerten. Die Aufrüstung mit Sensoren und Algorithmen, Körperscannern und Überwachungskameras. Die Geburtsstunde des Booms der europäischen Sicherheitsindustrie liegt im März 2003. Damals verabschiedet die EU-Kommission einen Rechtsakt, in dem die Mitgliedstaaten beschlossen, »Perspektiven zur Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie« zu entwickeln.

Kurz darauf klingeln überall in Europa die Telefone von Forschern und in Rüstungskonzernen. Die EU-Kommission sucht dringend nach Experten. Schon ein halbes Jahr später tagt in Brüssel zum ersten Mal eine Runde von Spezialisten, die sogenannte Group of Personalities (»Gruppe von Persönlichkeiten«). Es sind 25 ausgewählte Politiker, Wissenschaftler und Industrieveterane. Jedes dritte Mitglied der Runde arbeitet bei einem Rüstungskonzern: bei der britischen Waffenschmiede BAE Systems zum Beispiel oder beim französischen Konzern Thales. Auch Deutsche sind in der Gruppe: Vertreter von Siemens, Diehl, EADS. Und von der CDU. So wie Karl von Wogau.

Wenn der Physiker Klaus Thoma der Mann ist, der Forschung und Unternehmen zusammenbringt, dann ist Karl von Wogau der politische Planer. Der Mann, der die Mehrheiten beschafft. Dreißig Jahre lang war von Wogau für die Konservativen im EU-Parlament. Wie Thoma ist auch er längst im Rentenalter, aber er macht immer noch Politik. Auf der Berliner Sicherheitskonferenz im November 2016 etwa sitzt er zwischen Generalen und Rüstungsindustriellen aus verschiedenen Ländern und grüßt in jede Richtung. Es scheint, als könne er fast jeden in dem vollen Saal.

Seit dem Ende der neunziger Jahre hat von Wogau vor allem ein Ziel: Er will, dass die EU eine gemeinsame Verteidigungspolitik bekommt. Verteidigungsprojekte aber hüten die Mitgliedstaaten eifersüchtig. Deshalb suchten Politiker wie von Wogau einen Umweg. Statt in großen Armeeprojekten sollten die EU-Staaten in der zivilen Sicherheitsindustrie zusammenarbeiten: biometrische Sensoren statt Panzer, Überwachungskamera statt Gewehr. »Das, was die Leute von Europa erwarten, ist Sicherheit«, sagt von Wogau. »Denn Sicherheit ist die Voraussetzung für Wohlstand.«

Den Wohlstand sichern – das lässt sich die EU fortan an Menge kosten. Mindestens eine Milliarde Euro Steuergeld jährlich solle in die Förderung der Sicherheitsindustrie fließen, fordert die Expertenrunde von der EU-Kommission. Als es darum geht, die Forderung umzusetzen, schlägt die große Stunde des Freiburger Physikers Klaus Thoma. Kaum jemand ist damals in der Rüstungsbranche so gut vernetzt wie er. Thomas Kontakte sind so gut, dass er bald auch in jenes europäische Gremium berufen wird, das darüber entscheidet, wohin das Fördergeld der EU fließen soll. Das Gremium besteht aus 50 Wissenschaftlern, Politikern und Wirtschaftsvertretern, die meisten von Rüstungskonzernen. Den Abschlussbericht dieses Gremiums schreiben Thoma und ein Manager von EADS nahezu allein, so berichtet es zumindest Thoma. Der Bericht definiert, was erforscht werden soll. Später profitieren Thoma und der EADS-Manager demnach von ihren eigenen Empfehlungen.

Bald zeigt sich, woran die Förderprogramme bis heute leiden: Die Millionen, die von der Expertenrunde verteilt werden, dienen selten der Verteidigung von Freiheit und Wohlstand, sondern den Interessen der Firmen und Forscher. Einige streichen das Geld ein und nutzen es für Projekte, die kaum etwas bringen.

Für eine Technologie namens MicroMole zum Beispiel, Kostenpunkt: 5,4 Millionen Euro, entwickelt von Forschern des Fraunhofer-Instituts für Integrierte Schaltungen IIS. Es handelt sich dabei um Sensoren für Abwasserrohre, die herausfinden sollen, ob in einer bestimmten Wohnung ein Drogenlabor betrieben wird. Ringförmige Messgeräte sollen das Abwasser analysieren, darin Amphetamine entdecken und die Daten per Funk an eine Zentrale übertragen. Das Projekt bräuhete, um auch nur eine einzige Kleinstadt zu verkabeln und halbwegs genaue Daten zu liefern, Zehntausende solcher Sensoren in allen Knotenpunkten der Kanalisation. Selbst wenn es gelänge, die entsprechenden Sensoren zu bauen und alle Rohre unter der Straße zu bestücken, wäre der Aufwand enorm – und das Ergebnis ungenau. Außerdem dürfte kaum ein Richter erlauben, aufgrund eines so schwachen Verdachts die Häuser einer ganzen Straße zu durchsuchen.

MicroMole ist nur eines von unzähligen Projekten, die viel Geld verschlingen, aber wenig bewirken. Die Fraunhofer-Gesellschaft bekam für eine Software, die Flughäfen und Stromnetze vor Sabotage schützen sollte, 670 000 Euro Fördergeld. Erfolg? »Ob das jetzt in echt verwendet wird, das glaube ich ehrlich gesagt nicht«, sagt der Projektleiter heute.

Für einen tragbaren Personen-Airbag, der sich bei einem Bombenanschlag selbst aufbläst und »die Welt zu einem sichereren Ort machen und hoffentlich viele Leben retten« sollte, erhielt Fraunhofer von 2010 bis 2013 mehr als 800 000 Euro. Bis heute gibt es nicht einmal einen Prototyp.

Keines der zehn teuersten EU-Sicherheitsforschungsprojekte hat zu einem Produkt geführt, das heute in der Praxis genutzt wird. Mit daran beteiligt waren die unterschiedlichsten Firmen vom französischen Thales und dem britischen BAE Systems bis zum europäischen Konzern Airbus.

Fragt man Klaus Thoma, welches der fast 200 Vorhaben, an denen die Fraunhofer-Gesellschaft beteiligt war, heute die Europäer schützt, stutzt er. Dann denkt er lange nach. Ein einziges Projekt fällt ihm schließlich ein: der Anti-Terror-Beton. Sein Institut habe ihn zusammen mit einem Mittelständler entwickelt, er soll Wolkenkratzer gegen Angriffe schützen. Verbaut wurde er im One World Trade Center in New York, dem Neubau des World Trade Center. Von der Forschung, die die EU für ihre eigene innere Sicherheit finanzierte, profitierte also absurderweise zuerst Amerika.

Fragt man den CDU-Politiker Karl von Wogau, fallen auch ihm keine Projekte ein, die irgendetwas gebracht hätten. Man müsse das eben »als Teil eines großen Puzzles sehen«, sagt er. Und das große Puzzle, das sei »die Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU«.

Fragt man Polizisten oder Feuerwehrlaute, was sie am dringendsten benötigen, um die Sicherheit in Europa zu erhöhen, nennen sie keine Hightech-Produkte. Sie wünschen sich mehr Kollegen, neue Schutzwesten, funktionierende Streifenwagen. Dafür gab es in den öffentlichen Kassen jahrelang kaum Geld.

Der Allgemeinheit also nutzen die millionenschweren Förderprogramme kaum. Den Unternehmen dagegen schon. Die Rüstungssparte von Airbus (und dessen Vorgängerkonzern EADS) bekam in den vergangenen zehn Jahren insgesamt mehr als 25 Millionen Euro Fördermittel, wie aus einer öffentlich zugänglichen Datenbank hervorgeht. Siemens erhielt immerhin 2,3 Millionen Euro (siehe Grafik).

Das Geld strömt auch deshalb so verlässlich in die Kassen der Unternehmen und Institute, weil die Gremien, die das Geld verteilen, nicht völlig unabhängig agieren. Oft formulieren Forscher und Unternehmensvertreter die Ausschreibungen mit – und schneiden sie sich auf den Leib. Eine große Rolle spielen dabei die Lobbyverbände der Sicherheitsindustrie.

Der CDU-Mann Karl von Wogau sitzt in einem solchen Lobbyverband. 1979 gründet er zusammen mit anderen EU-Parlamentariern die Kangaroo-Group, einen Verein, der sich für eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik einsetzt. Seit 2010 ist von Wogau der Chef dieser Gruppe. Mitglied sind diverse Parlamentarier, außerdem Forscher und Mitarbeiter der Industrie von Airbus bis zum deutschen Rüstungshersteller Diehl. Über den Verein bekommt die Industrie Zugang zu Parlamentariern. Das lobbykritische Netzwerk Corporate Europe Observatory (CEO) sagt von der Kangaroo Group, die Rüstungsindustrie nutze sie als »Lobbykanal, um die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zu formen«, also um Politiker zu beeinflussen.

Auf einer Konferenz eines anderen europäischen Sicherheits-Lobbyverbandes im Jahr 2011 fragte ein Vertreter von Siemens in einer internen Präsentation: »Findet sich die Industrie in den Förderbekanntmachungen mit ihren Fragen und ihrer Marktnähe wieder?« Und beantwortete die Frage gleich mit: »Wenn nicht, ist sie selbst schuld. Schließlich gibt es ja die Möglichkeit, diese Förderbekanntmachungen mit zu beeinflussen.« Die Lobbyisten der Unternehmen und Institute prägen also nicht nur die Agenda der Sicherheitsforschung mit – sie entscheiden auch selbst darüber, welche Aufträge vergeben werden.

In Deutschland dürfte es ein solches Geschacher nicht geben. Es soll durch Regeln verhindert werden. So müssen Förderprojekte vom Forschungsministerium öffentlich ausgeschrieben und alle Bewerber von unabhängigen Gutachtern geprüft werden. Wer aber sind diese Gutachter? Als die ZEIT im Ministerium nachfragt, weigert sich der Sprecher, eine Antwort zu geben. Er sagt: »Die Veröffentlichung der Namen würde die Neutralität der Expertenvoten gefährden.«

Warum diese Geheimnistämerei? In mehreren Gesprächen mit der ZEIT räumen Forscher und Firmenvertreter ein, eine Doppelrolle zu haben: Sie sind sowohl Mitglied des wissenschaftlichen Programmausschusses der Bundesregierung, also jenes Ausschusses, der bestimmt, für welche sicherheitstechnischen Themen der Staat Geld ausgeben soll – als auch Gutachter dafür, an welche konkreten Projekte die Fördergelder schließlich vergeben werden.

Das ist so lange unproblematisch, wie niemand Gutachter für sein eigenes Projekt ist und niemand Vorschläge macht, von denen am Ende nur sein eigenes Institut profitiert. Alle Beteiligten beteuern, dass das so sei. Beweisen könnten sie das allerdings nur, wenn sie die Expertenvoten offenlegen würden.

Es wird Abend in Freiburg bei Klaus Thoma. Die Forscher aus dem Ernst-Mach-Institut verabschieden sich in den Feierabend. Thoma gießt sich einen letzten Schluck Apfelsaft ein. Dann schaut er zufrieden aus dem Fenster auf die vorbeifahrenden Züge und sagt: »Ja, ich habe eine Branche geschaffen.«

Mitarbeit: Josa Mania-Schlegel

Fotos (MI, COURTESY, PR (U), ZEIT-GRAFIK/Quelle, Cordis-Datenbank der EU-Kommission

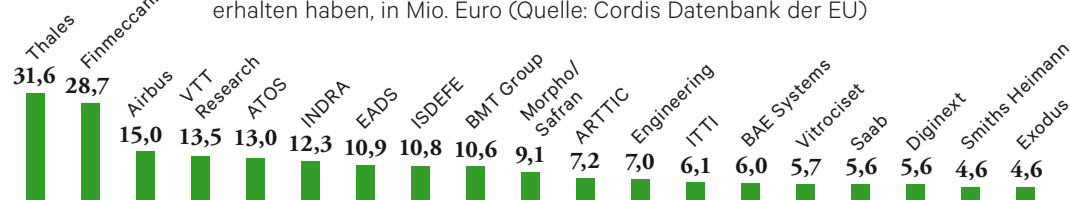
Die Drahtzieher

Karl von Wogau (CDU), Chef der Kangaroo-Group
Klaus Thoma (Physiker), einst Leiter des EMI



Die Profiteure

Fördermittel, die Firmen aus EU-Forschungsförderprogrammen erhalten haben, in Mio. Euro (Quelle: Cordis-Datenbank der EU)



Die Recherche

Für diesen Text haben die Autoren mit mehr als zwei Dutzend **Insidern aus Politik, Wirtschaft und Forschung** gesprochen, gut 200 Projektbeschreibungen und Tausende Seiten Berichte, Sitzungsprotokolle und Statistiken ausgewertet. Wichtigste Quelle war die Cordis-Datenbank zur Forschungsförderung der

EU. Die Recherche ist Teil des Projekts »**Security for Sale**«, in dem 22 Journalisten aus zehn EU-Ländern die Verflechtungen der Sicherheitsindustrie mit Politik und Wissenschaft enthüllen: www.securityforsale.eu. Weitere Artikel erscheinen auf ZEIT ONLINE